

„Gautagung der Polizeibeamten“

Niedersächsischer Volksstimme vom 14. 12.1932, Nr. 293, 14. Jahrgang:



379

Mittwoch, den 14. Dezember 1932

Niedersächsische

14. Jahrgang — Nummer 293

Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung der Kreise Hameln-Pyrmont, Hildesheim, Springe u. ang.

Erscheint wochentlich einmal mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“ / Geschäftsstelle und Schriftleitung: Hellwegstraße 2 / Fernsprecher 2139 / Postfachkonto Hannover 27 829

Ercheinungsort: Hameln

Der Bezugspreis beträgt monatlich Mark 1,77,5 zugew. Anzeigenpreis: Die achtspaltige Millimeterzeile 8 Pfennig, 32 Pfennig, Familien- und kleine Anzeigen die achtspaltige 2 Pfennig



Niedersächsische Volksstimme

Gautagung der Polizeibeamten

Eine böse Abfuhr der Nazis. — Anerkennung der Leistungen der Regierung Braun-Severing

Anläßlich der Gautagung Mitte des Herbstes des Preussischer Polizeibeamten verhandelten wir schon kurz über die erfreuliche Entscheidung, mit der die Verbandsführung unter stürmischem Beifall der Delegierten von den zerschlagenden Wühlereien der Nazis unter der Polizeibeamtenschaft abdrückte und erneut ein klares Bekenntnis zur republikanisch-demokratischen Verfassung und Staatsform ablegte. Wir können nun noch von einem besonderen Vorfall auf der Tagung berichten.

Die hannoverschen Nazis hatten sich Bemühung gefühlt, vor dem Tagungslokal Flugblätter zu verbreiten. In diesen wurden schwere Angriffe gegen die Leitung des Schrader-Verbandes gerichtet, vor allem in finanzieller Hinsicht. Alle Fragen bzw. Behauptungen des Flugblattes waren in einem Ton abgefaßt, der der Majestät des von den Nazis erlebten Dritten Reiches alle Ehre macht.

Die leitenden Persönlichkeiten des Schrader-Verbandes haben sofort in öffentlicher Tagung dazu Stellung genommen und die in dem Flugblatt erhobenen Angriffe Punkt für Punkt derart explizit, daß noch einmütiger Ueberzeugung der Verammlung auch nicht der schäbigste Rest davon übrig blieb. Wer das, was in dem Flugblatt steht, über den Verband verbreite, sei ein Verleumder, der mit seinen Verleumdungen nur den Zweck verfolge, den Zusammenhalt des Verbandes zu stören und zu schädigen.

Uns scheint an der ganzen Sache wichtig, daß die Nazis jetzt, nachdem sie bei der Polizeibeamtenschaft nicht militärisch und friedlich Fuß fassen konnten, nach ihrer altbewährten Methode daran gehen, auf dem ihnen viel besser liegenden Wege lägenhalter Verhetzung in die republikanisch-demokratische Gleichheit und Unverletzlichkeit der Polizei Keile hineinzutreiben. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß ihnen das schon auf den ersten Anstoß gründlich mißlungen ist. Jedenfalls plektet der Schrader-Verband nach guter gewerkschaftlicher Art seine Abrechnung ganz öffentlich vorzulegen. Wer aber hat schon irgendwo von öffentlicher Rechenschaftslegung bei jeder oder anderer Nazi Führer bis hinauf zum großen Chef etwas zu sehen bekommen? Und diese Kerle, die wahrhaftig im allerbrüchigsten Glasause sitzen, wollen andere Leute mit Steinen bewerfen! Immerhin wird die Polizeibeamtenschaft, besonders die hannoversche, auch aus diesem Vorfall erkennen, was für noble Charaktere doch die Edellinge des Dritten Reiches sind.

Von der Tagung ist im übrigen noch zu melden, daß in den Berichten mehrfach die

großen Bemühungen der Regierung Braun-Severing um das Wohl der Polizei in vollem Umfange lobend anerkannt wurden. Der Vorsitzende, Brebeck, stellte z. B. fest, daß durch das Polizeibeamtengesetz sehr viel für die Vereinheitlichung der Polizei geschehen sei, und daß durch die vom Staat herausgegebenen Normvorschriften über die Anzahl der Beförderungsstellen kein von der Schutzpolizei zur kommunalen Polizei übergehender Beamter im Gehalt zurückgekehrt werden könne. Das seien gewaltige Fortschritte, an die man vor Jahren selbst nicht geglaubt habe. Aber wenn man die Schutzpolizei allein ansehe, müßte man sagen: In einem Jahrzehnt solch kolossale Entwicklung vom Verlorrensanwärter bis zum vorzüglich vorgebildeten, lebenslanglich angeheerten Beamten. Man müsse ferner anerkennen, daß der preussische Staat schon vor Jahren die Verhaftlichung der kommunalen Polizei großzügig habe durchführen wollen, wenn ihm nicht von anderer Seite her sehr erzwingend in den Arm gefallen worden sei. Der Berichterstatter für die Gruppe Schutzpolizei, Polizeiwachtmeister Hesse, stellte ebenfalls fest, daß seit dem Jahre 1921 eine dauernde Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten zu verzeichnen gewesen sei.

Und jetzt? Nachdem die Regierung Braun-Severing durch die von den Nazis hervorgerufenen und gekünstelten reaktionären Einflüsse an praktischer Arbeit gehindert wird? Jetzt wird u. a. von Berichterstatter für die Schutzpolizei festgestellt, daß in jünster Zeit anscheinend immer mehr Wert auf die körperliche statt auf die geistige Ausbildung der Polizeibeamtenschaft gelegt wird. Die eigentlichen Zusammenhänge seien noch nicht zu erkennen. Man habe aber verbandsfleilig die Auffassung, daß die Beamtenschaft um so mehr wert sei, je besser sie man mit den Gehebesbestimmungen vertraut werden lasse. Na, noch viel schlimmer: Jetzt ist es schon dahin gekommen, daß der erste von rund 200 Anträgen des Gautages lautete: „Der Verbandsvorstand wird beauftragt, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß den Polizeibeamten das Wahlrecht und die Koalitionsfreiheit erhalten bleibt.“ Dieser von der Bezirksarunde Hannover gestellte Antrag wurde einstimmig angenommen. Daß er überhaupt gestellt werden mußte, ist bezeichnender für die Situation als alles andere. Hoffentlich sind die Polizeibeamten sich nicht im unklaren darüber, wem sie solche katastrophale Entwicklung ihrer Verhältnisse zu verdanken haben. Und hoffentlich ziehen sie daraus die richtigen Folgerungen, solange sie noch im Besitz ihrer staatsbürgerlichen und verfassungsmäßigen Rechte sind, mit deren drohendem Verlust sie ja schon selbst sehr ernsthaft zu rechnen können!

"Gautagung der Polizeibeamten"

Eine böse Abfuhr der Nazis - Anerkennung der Leitungen der Regierung Braun-Severing

Anlässlich der Gautagung Mitte des Verbandes Preußischer Polizeibeamten berichteten wir schon kurz über die erfreuliche Entschiedenheit, mit der die Verbandsführung unter stürmischen Beifall der Delegierten von den zersetzenden Wühlereien der Nazis unter der Polizeibeamtenschaft abrückte und erneut ein klares Bekenntnis zur republikanisch-demokratischen Verfassung und Staatsform ablegte. Wir können nun noch von einem besonderen Vorfall auf der Tagung berichten.

Die hannoverschen Nazis hatten sich bemüht, vor dem Tagungslokal Flugblätter zu verbreiten. In diesen wurden schwere Angriffe gegen die Leitung des Schrader-Verbandes gerichtet., vor allem in finanzieller Hinsicht. Alle Fragen bzw. Behauptungen des Flugblattes waren in einem Ton abgefaßt, der der Rauheit des von den Nazis ersehnten Dritten Reiches alle Ehre macht.

Die leitenden Persönlichkeiten des Schrader Verbandes haben sofort in öffentlicher Tagung dazu Stellung genommen und die in dem Flugblatt erhobenen Angriffe Punkt für Punkt derart zerpflückt, daß nach einmütiger Überzeugung der Versammlung auch nicht der schäbigste Rest davon übrig blieb. Wer das, was in dem Flugblatt stehe, über den Verband verbreite, sei ein Verleumder, der mit seinen Verleumdungen nur den Zweck verfolge, den Zusammenhalt des Verbandes zu stören und zu schädigen.

Uns scheint an der ganzen Sache wichtig, daß die Nazis jetzt, nachdem sie bei der Polizeibeamtenschaft nicht gütlich und friedlich Fuß fassen konnten, nach ihrer altbewährten Methode darangehen, auf dem ihnen viel besser liegenden Wege lügenhafter Verhetzung in die republikanisch-demokratische Geschlossenheit und Zuverlässigkeit der Polizei Keile hineinzutreiben. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß ihnen das schon auf den ersten Anhieb gründlich mißlungen ist. Jedenfalls pflegt der Schrader-Verband nach guter gewerkschaftlicher Art seine Abrechnung ganz öffentlich vorzulegen. Wer aber hat schon irgendwo von öffentlicher Rechnungslegung hiesiger oder anderer Naziführer bis hinauf zum großen XXXX etwas zu sehen bekommen? Und diese Kerle, die wahrhaftig im allerbrüchtigsten Glashause sitzen, wollen andere Leute mit Steinen bewerfen! Immerhin wird die Polizeibeamtenschaft, besonders die hannoversche, auch aus diesem Vorfall erkennen, was für noble Charaktere doch die Edelinges des Dritten Reiches sind.

Von der Tagung ist im übrigen noch zu melden, daß in den Berichten mehrfach die großen Bemühungen

der Regierung Braun-Severing um das Wohl der Polizei in vollem Umfange lobend anerkannt wurden. Der Vorsitzende, Brebeck, stellte z.B. fest, daß durch das Polizeibeamtengesetz sehr viel für die Vereinheitlichung der Polizei geschehen sei, und das durch die vom Staat herausgegebenen Formvorschriften über die Anzahl der Beförderungsstellen kein von der Schutzpolizei zur kommunalen Polizei übergewandter Beamter im Gehalt zurückgestuft werden könne. Das seien gewaltige Fortschritte, an die man vor Jahren selbst nicht geglaubt habe. Aber wenn man die Schutzpolizei allein ansehe, müsse man sagen: In einem Jahrzehnt solch kolossaler Entwicklung vom Versorgungsanwärter bis zum vorzüglich ausgebildeten, lebenslänglich angestellten Beamten. Man müsse ferner anerkennen, daß der preußische Staat schon vor Jahren die Verstaatlichung der kommunalen Polizei großzügig habe durchführen wollen, wenn ihm nicht von anderer Seite her sehr erschwerend in den Arm gefallen worden sei. Der Berichterstatter für die Gruppe Schutzpolizei, Polizeiwachtmeister Hesse, stellte ebenfalls fest, daß seit dem Jahr 1921 eine dauernde Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten zu verzeichnen gewesen sei.

Und jetzt? Nachdem die Regierung Braun-Severing durch die von den Nazis hervorgerufenen und gestützten reaktionären Einflüsse an praktischer Arbeit gehindert wird?! Jetzt wird u.a. vom Berichterstatter für die Schutzpolizei festgestellt, daß in jüngster Zeit anscheinend immer mehr Wert auf die körperliche statt auf die geistige Ausbildung der Polizeibeamtenschaft gelegt wird. Die eigentlichen Zusammenhänge seien noch nicht zu erkennen. Man habe aber verbandsseitig die Auffassung, daß die Beamtenschaft um so mehr wert sei, je besser sie man mit den Gesetzesbestimmungen vertraut werden lasse. Ja, noch viel schlimmer: Jetzt ist es schon dahin gekommen, daß der erste von rund 200 Anträgen des Gautages lautete: „Der Verbandsvorstand wird beauftragt, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß den Polizeibeamten das Wahlrecht und die Koalitionsfreiheit erhalten bleibt.“ Dieser von der Bezirksgruppe Hannover gestellte Antrag wurde einstimmig angenommen. Daß er überhaupt gestellt werden mußte, ist bezeichnender für die Situation als alles andere. Hoffentlich sind die Polizeibeamten sich nicht im unklaren darüber, wem sie solche katastrophalen Entwicklung zu verdanken haben. Und hoffentlich ziehen sie daraus die richtigen Folgerungen. Solange sie noch im Besitz ihrer staatsbürgerlichen und verfassungsmäßigen Rechte sind, mit deren drohenden Verlaust sie ja schon selbst sehr ernsthaft zu rechnen scheinen.

